



v.l.: dbb Bundesvorsitzender Ulrich Silberbach, dbb Landesbundvorsitzender Jürgen Köster | © Windmüller

## Gemeinsame Aktion des dbb und seinen Landesbünden zur verfassungskonformen Alimentation von Beamtinnen und Beamten

Wegen der herausragenden und langfristigen Bedeutung in finanzieller und gesellschaftlicher Hinsicht hat der dbb mit seinen Landesbünden die Besoldungsgesetzgeber im Bund und in den Ländern am 8. 1. 2021 in inhaltsgleichen Schreiben aufgefordert, die Verfassungsvorgaben für die Vergangenheit umgehend zu erfüllen und für die Zukunft die Unterstützung bei der zwingenden Neugestaltung angeboten. Ein entsprechender Brief wurde auch dem Senator für Finanzen der Freien und Hansestadt Bremen Herrn Dietmar Strehl zugeleitet. (Brief an den Finanzsenator und seine Antwort s.u.)

Ein Auslöser für diese konzertierte Aktion ist, dass unsere Verfassung überall in Deutschland gilt und es nicht sein kann, dass bei Beamtinnen und Beamten die täglich ihren Dienst verrichten der Abstand zu den staatlichen Leistungen zur Grundsicherung nicht eingehalten wird. Ein weiterer der Wille, auf der Basis von einheitlichen Grundlagen mit allen Ländern und dem Bund einheitliche, tragfähige und zukunftsfähige Regelungen zu erarbeiten. Zu beachten ist dabei, dass die Frage des Mindestmaßes und der Ausgestaltung der verfassungskonformen Besoldung äußerst komplex, schwierig und von vielen unterschiedlichen Faktoren abhängig ist, weil seit dem Jahr 2006 die Besoldung im Bund und in den Ländern jeweils unterschiedlich gestaltet ist und es in den 17 verschiedenen Rechtskreisen eine Vielzahl von unterschiedlichsten Regelungen gibt. Dies wird unter-

### THEMENÜBERSICHT

- ▶ **Gemeinsame Aktion zur verfassungskonformen Alimentation** ..... S. 01
- ▶ **dbb Jahrestagung 2021:**  
„Nach der Krise ist vor der Krise – Staat neu denken“ ..... S. 06
- ▶ **Fachvortrag von Udo Di Fabio:**  
„Der öffentliche Dienst – in bester Verfassung?“ ..... S. 07
- ▶ **Der Landesbund im Lockdown** ..... S. 09
- ▶ **Unsere Fachgewerkschaften stellen sich vor**  
*DSTG Deutsche Steuergewerkschaft* ..... S. 10  
*FWSV Fachverband Wasserstraßen- und Schifffahrtsverwaltung* ..... S. 12
- ▶ **Neues Mitglied in der Bremer Sozietät** ..... S. 14
- ▶ **dbb-Chronik:**  
Die siebziger Jahre ..... S. 14

schiedlichste Regelungen in Bund und Ländern für die Vergangenheit zur Heilung der rechtswidrigen Unteralimentierung mit sich bringen.

In diesem Zusammenhang hat der dbb bremen vor dem Hintergrund der Bundesverfassungsgerichtsurteile vom Mai 2020 den Senator für Finanzen in einem Schreiben vom 28. Oktober 2020 bereits aufgefordert den Korrekturbedarf bei der Besoldung der Bremischen Beamtinnen und Beamten zu überprüfen und für die Jahre 2020 und 2021 auf das Erfordernis der zeitnahen Geltendmachung zu verzichten.

## Brief an den Finanzsenator

Bremen, 08. Januar 2021

Sehr geehrter Herr Senator Strehl,

### Ausgangslage

das Bundesverfassungsgericht hat am 4. und 5. Mai 2020 zwei wegweisende Entscheidungen zur Bemessung des Mindestmaßes der amtsangemessenen Alimentation von Beamtinnen und Beamten getroffen.

Die Entscheidungen verurteilen unmittelbar die beklagten Länder Berlin (Grundbesoldung für Richter und Staatsanwälte der Besoldungsgruppen R 1 und R 2 in den Jahren 2009 bis 2015 sowie der Besoldungsgruppe R 3 im Jahr 2015) und das Land Nordrhein-Westfalen (Richter und Staatsanwälte der Besoldungsgruppe R 2 mit drei Kindern im Jahr 2013 sowie mit vier Kindern in den Jahren 2014 und 2015) zur Herstellung von verfassungskonformen Besoldungsleistungen für die Vergangenheit und die Zukunft.

In beiden Fällen hat das Bundesverfassungsgericht festgestellt, dass die gewährte Besoldung evident unzureichend war bzw. hinter den Anforderungen an die Alimentation kinderreicher Richter und Beamter zurückgeblieben ist – und eine rückwirkende Behebung hinsichtlich derjenigen Richter und Staatsanwälte erforderlich ist, die sich gegen die Höhe ihrer Besoldung zeitnah mit den statthaften Rechtsbehelfen gewehrt haben. Dabei ist es unerheblich, ob insoweit ein Widerspruchs- oder ein Klageverfahren schwebt.

Das Bundesverfassungsgericht hat weiter die Gesetzgeber der beklagten Länder verpflichtet, zukünftig verfassungskonforme Regelungen mit Wirkung spätestens vom 1. Juni bzw. 1. August 2021 an zu treffen.

Mit den Entscheidungen hat das Bundesverfassungsgericht erneut grundlegend Inhalt und Details der amtsangemessenen Alimentation im Sinne des Artikel 33 Absatz 5 Grundgesetz für alle Beamtinnen und Beamten ausgeschrieben. Unzweifelhaft sind damit die Entscheidungen nicht auf die Besoldungsrechtskreise Berlin und Nordrhein-Westfalen und streitgegenständlichen Jahre beschränkt, sondern entfalten durch die in den Urteilen festgestellten und bekräftigten grundgesetzlichen Anforderungen Wirkung für alle Besoldungsgesetzgeber in allen Ländern und beim Bund.

### Handlungsnotwendigkeiten

Zur schnellstmöglichen Beseitigung der jeweiligen verfassungswidrigen Lage des einseitigen Verfassungsverstoßes gegenüber Ihren Beamtinnen und Beamten ist dringend ein eindeutiges gesetzgeberisches Handeln geboten.

Bereits aus allgemeinen Rechtsstaatsgrundsätzen umfasst dies die Beseitigung des verfassungswidrigen Zustandes für die Vergangenheit, für diejenigen, die ihre Ansprüche geltend gemacht haben. Zudem muss eindeutig, klar, unmittelbar unter Umsetzung der Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts die Gewährung des jeweiligen Mindestmaßes der Alimentation spätestens ab Mitte des Jahres 2021 für die weitere Zukunft sichergestellt werden.

Die zeitnahe Umsetzung folgt als Auftrag unmittelbar aus der Verfassung und den vom Bundesverfassungsgericht bereits mit der W-Besoldungsentscheidung aus Februar 2012 und den A- und R-Besoldungsentscheidungen aus

Mai und November 2015 verschärften und präzisierten Kontroll-, Beobachtungs- und gesetzgeberischen Handlungspflichten zur Ausgestaltung einer jeweils amtsangemessenen Mindestalimentation.

Richtig wäre es zum Ausdruck zu bringen, dass Sie als Dienstherr die Leistung Ihrer Beamtinnen und Beamten auch finanziell anerkennen, indem Sie die tatsächlich geschuldete Besoldung sowohl für die Vergangenheit nachzahlen, aber auch im Jahr 2020 und für die Zukunft gewähren. Vor allem aber würde dies den unhaltbaren Umstand beenden, dass Beamtinnen und Beamte ihren Dienstherrn durch Klagen immer wieder zu gesetzeskonformen Verhalten zwingen müssen. Nur dadurch kann das bei den Beamtinnen und Beamten verlorene Vertrauen in ihren Dienstherrn wiedergewonnen werden.

Der dbb und seine Landesbünde mit seinen über 1,3 Millionen Mitgliedern in Bund, Ländern und Kommunen stehen als fachkompetente Gesprächspartner zur Verfügung.

Die Gesamtlage ist hochkomplex und vielgestaltig unterschiedlich. Zugleich sind verfassungskonforme Lösung unabdingbar. Es ist deshalb wichtig, dass alle Akteure im Rahmen ihrer jeweiligen Funktionen, Aufgaben und Möglichkeiten diese großen Herausforderungen für das Berufsbeamtentum in Deutschland konstruktiv und gemeinsam angehen.

Bei den Umsetzungen der Entscheidung ist es nach Ansicht des dbb und seiner Landesbünde dringend angeraten, in sachorientierter Abstimmung auf der Basis von einheitlichen Grundlagen mit allen Ländern und dem Bund einheitliche, tragfähige und zukunftsfähige Regelungen zu treffen, um die bereits bestehenden unterschiedlichen Regelungen in den Besoldungsgesetzen nicht weiter zu vertiefen und die gebotene Grundeinheitlichkeit wiederherzustellen.

Die rückwirkende Herstellung und zukünftige Sicherstellung einer verfassungsgemäßen Mindestalimentation in Umsetzung der Entscheidungen ist dabei nicht mit der Frage der Teilhabe aller Beamtinnen und Beamten an der allgemeinen finanziellen und wirtschaftlichen Entwicklung identisch oder gar austauschbar. So ist es verfassungsrechtlich nicht geboten, dies mit der im Jahr 2021 stattfindenden Einkommensrunde zu „vermischen“ bzw. das Volumen für die Wiederherstellung der amtsangemessenen Alimentation auf diese „anzurechnen“.

Die Gewährung der amtsangemessenen Alimentation ist eine verfassungsrechtliche Pflicht eines jeden Besoldungsgesetzgebers, die über Jahre, auch durch einseitige gesetzliche Sparmaßnahmen – beispielhaft die Kürzung bzw. Streichung des sog. Weihnachtsgeldes – verletzt wurde.

Der dbb mit seinen jeweiligen Landesbünden erwartet, bei der Umsetzung der Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts mitzuwirken, um für alle Beamtinnen und Beamten eine tragfähige und vor allem akzeptable Lösung zu finden und um erneute gerichtliche Auseinandersetzungen zu vermeiden.

Inhaltsgleiche Schreiben haben die zuständigen Ministerinnen/Minister aus Bund und Bundesländern erhalten.

Mit freundlichen Grüßen

Jürgen Köster (Landesvorsitzender dbb beamtenbund und tarifunion landesbund bremen)

Ulrich Silberbach (Bundesvorsitzender dbb beamtenbund und tarifunion)

In dem **Antwortschreiben des Senators für Finanzen vom 9. Februar 2021** heißt es, dass derzeit die Auswirkungen der Beschlüsse des Bundesverfassungsgerichtes vom 4. Mai 2020 für zukünftige Besoldungsanpassungen und für die Familienzuschlagsregelungen für dritte und weitere Kinder unter Anwendung der vom Bundesverfassungsgericht vorgegebenen Berechnungsgrundlagen, insbesondere zum grundsicherungsrechtlichen Gesamtbedarf, in seinem Haus geprüft werden. Soweit gesetzgeberischer Handlungsbedarf festgestellt werden sollte, wird der dbb bremen im Rahmen des förmlichen Beteiligungsverfahrens angehört. Daneben können auch Gespräche mit dem Senator für Finanzen vereinbart werden.

# Die bessere Bank für Beamte und den öffentlichen Dienst.

## Ihre Vorteile auf einen Blick

- ✓ **Speziell ausgebildete Berater**  
für den öffentlichen Dienst
- ✓ **Exklusive Vorteilsangebote**  
für Mitglieder von Gewerkschaften  
und Verbänden
- ✓ **Attraktive Produktvorteile**  
unter [www.bbbank.de/dbb](http://www.bbbank.de/dbb)
- ✓ **Informative Ratgeber und  
regelmäßige Newsletter**  
mit aktuellen Informationen aus  
dem öffentlichen Dienst
- ✓ **Interessante Veranstaltungen**  
wie z. B. Exklusive Abende für den  
öffentlichen Dienst oder Fachvorträge
- ✓ **Seit fast 100 Jahren  
Erfahrung und Kompetenz**  
als Bank für Beamte und den  
öffentlichen Dienst

## Interesse geweckt?

Wir sind für Sie da:  
in Ihrer Filiale vor Ort,  
per Telefon 0721 141-0,  
E-Mail [info@bbbank.de](mailto:info@bbbank.de) und  
auf [www.bbbank.de/dbb](http://www.bbbank.de/dbb)



Folgen Sie uns



# BBBank-Filiale Bremen



Mit persönlichem Service an Ihrer Seite.



Lars Fischer  
Filialdirektor



Tom Behrmann  
Privatkunden-Berater



Bernd Thoden  
Privatkunden-Berater



Antje Stets  
Landesdirektorin  
Öffentlicher Dienst



Paul Tzschöckel  
Finanzierungsberater



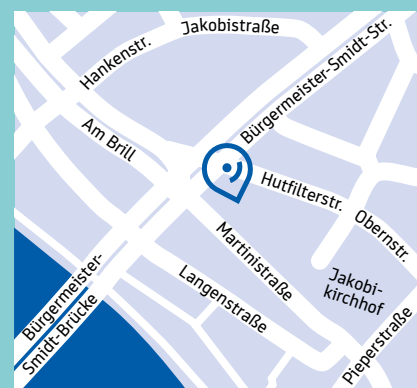
Jürgen Bauer  
Vorsorgeberater der  
KARLSRUHER/Württembergische  
Lebensversicherung AG

## Wir sind für Sie da:

BBBank-Filiale Bremen  
Hutfilterstraße 16-18, 28195 Bremen  
Telefon 0421 3656937-0, Fax 0421 3656937-66  
E-Mail [filiale.355@bbb.de](mailto:filiale.355@bbb.de) auf [www.bbbank.de/dbb](http://www.bbbank.de/dbb)  
und über unsere hauseigene Direktbank „BBDirekt“

## Öffnungszeiten

Montag	9.00 – 13.30 und 14.30 – 18.30 Uhr
Dienstag	9.00 – 13.30 und 14.30 – 18.30 Uhr
Mittwoch	9.00 – 13.30 Uhr
Donnerstag	9.00 – 13.30 und 14.30 – 18.30 Uhr
Freitag	9.00 – 13.30 Uhr



Jetzt online Termin sichern:

[www.bbbank.de/termin](http://www.bbbank.de/termin)

Gerne stehen wir Ihnen für eine persönliche Beratung in unserer Filiale oder jederzeit auf digitalem Weg, wie z. B. per Videoberatung, zur Verfügung.



© Marco Urban

## dbb Jahrestagung 2021

Traditionsgemäß startete der dbb das neue Jahr mit seiner Jahrestagung, die jedoch am 11. Januar 2021 Corona bedingt diesmal in digitaler Form statt fand.

**Unter dem Motto „Nach der Krise ist vor der Krise – Staat neu denken!“ begrüßte der dbb Bundesvorsitzende Ulrich Silberbach unter anderem Bundesminister Horst Seehofer, Bundesfamilienministerin Franziska Giffey, die Beauftragte der Bundesregierung für Integration, Migration und Flüchtlinge Annette Widmann-Mauz und den ehemaligen Richter am Bundesverfassungsgericht Udo Di Fabio. Pandemie bedingt im virtuellen dbb forum aus Berlin.**

**Mit der Forderung „Innovationsfähigkeit, Selbstorganisation und Autonomie der Verwaltung müssen gestärkt werden. Deutschland braucht einen Pakt für Krisenresilienz!“ eröffnete der Bundesvorsitzende des dbb Ulrich Silberbach die 62. dbb Jahrestagung.**

Die in der Pandemiebewältigung gemachten Erfahrungen hätten gezeigt, dass nicht teure externe Berater die wahren Innovatoren der öffentlichen Verwaltung seien, sondern die Beschäftigten, die vor Ort mit großem Engagement und fachlicher Expertise für stetige Weiterentwicklung sorgten. Deutschland brauche einen Pakt für Krisenresilienz, „damit unsere Kolleginnen und Kollegen auf zukünftige Krisen besser vorbereitet sind und der Staat nicht an Glaubwürdigkeit gegenüber Bürgerinnen und Bürgern verliert“, so der dbb Chef. Ein Staatsdienst, der schon im Normalzustand bei Ausstattung und Personal auf Kante genäht sei, werde in der Krise an den Rand der Funktionsfähigkeit geführt. So müsste das konkrete Notfallmanagement regelmäßiger trainiert werden. „Ein Probealarm, der wie im vergangenen Herbst ins Leere läuft, ist kein guter Befund für Krisenvorsorge. Um für künftige Krisen technisch besser gerüstet zu sein, müssen Verwaltungen darüber hinaus über eine leistungsfähige und flächendeckende digitale Infrastruktur verfügen.“

Leider fehle bislang eine schlüssige, zwischen Bund und Ländern koordinierte Digitalstrategie für die Verwaltung: „Wir fordern einen Digitalpakt Verwaltung, der nicht nur auf die Umsetzung bisher kaum vorhandener online Dienstleistungen fokussiert ist, sondern der für digitale Souveränität in den Verwaltungen sorgt und die Beschäf-

tigten durch konsequente Fort- und Weiterbildung befähigt, die Digitalisierung der Verwaltung zu stemmen“, machte Silberbach klar. Viel zu lange hätten Kompetenzgerangel zwischen den Gebietskörperschaften und politisches Klein-Klein flächendeckende Innovationen behindert. „Es reicht nicht, den politischen Fokus allein auf die Umsetzung des Onlinezugangsgesetzes zu legen. Ebenso wichtig ist die Digitalisierung der internen Verfahren und Arbeitsweisen. Außerdem brauchen wir Investitionen im dreistelligen Milliardenbereich in die IT und das Personal, die Beseitigung der digitalen Kluft zwischen Bund, Ländern und Kommunen sowie Digitalisierungstarifverhandlungen mit allen Gebietskörperschaften.“

Die vollständige Rede des Bundesvorsitzenden Ulrich Silberbach finden Sie unter

► [https://www.dbb.de/fileadmin/pdfs/2021/210110\\_rede\\_silberbach.pdf](https://www.dbb.de/fileadmin/pdfs/2021/210110_rede_silberbach.pdf)



© Marco Urban

## Fachvortrag „Der öffentliche Dienst – in bester Verfassung?“

Berufsbeamtentum sichert Funktionsfähigkeit der öffentlichen Verwaltung

**Welche Rolle der öffentliche Dienst in unserer Verfassungsordnung spielt, war Thema des Fachvortrages von Udo Di Fabio auf der dbb Jahrestagung am 11. Januar 2021.**

Di Fabio äußerte sich in diesem Zusammenhang zur verfassungsgemäßen Alimentation der Beamtinnen und Beamte und nahm dabei Bezug auf die Beschlüsse des Bundesverfassungsgerichtes vom Mai 2020. Darin wird unter anderem die qualitätssichernde Funktion der Alimentation herausgestellt.

„Mit der Entscheidung wird klargemacht: Wenn die Besoldung den hergebrachten Grundsätzen des Berufsbeamtentums nicht mehr entspricht, hat das Konsequenzen für die Qualität des öffentlichen Dienstes“, so Di Fabio.

Man könne, etwa im Justizdienst, nicht das Niveau beliebig absenken. Man könne es mal für ein, zwei Jahre tun, aber wenn man es systematisch mache, dann werde irgendwann in der Fläche der öffentliche Dienst nicht mehr die Qualität haben, die man benötige.

„Das ist eine Mahnung, eine schallende Ohrfeige für das Land Berlin“, so der Bundesverfassungsrichter a. D. „Wir können uns nicht immer darauf verlassen, dass junge

Leute aus ihrem Ethos und ihrer Gemeinwohlorientierung heraus in den öffentlichen Dienst gehen. Sondern hier muss auch darauf geachtet werden, dass die Anerkennung in der Besoldungs- und Versorgungsstruktur sichtbar bleibt.“

Der ehemalige Bundesverfassungsrichter nahm weiterhin die Herausforderungen für die Verwaltung als Teil der staatlichen Gewaltenteilung in den Blick.

Als tragender Pfeiler unserer Gesellschaft, der die staatliche Gewalt ausübt, sei der öffentliche Dienst Gegenspieler und Servicepartner, weil er sowohl für die Einschränkung grundrechtlicher bürgerlicher Freiheiten, als auch die Gewährung staatlicher Leistungsansprüche zuständig ist.

Als strukturellen Garanten für das Funktionieren der öffentlichen Verwaltung nannte Di Fabio den Fortbestand des Berufsbeamtentums: Viele hätten schon gedacht, die Zeit des Berufsbeamtentums sei vergangen und Artikel 35, Absatz 5, des Grundgesetzes werde irgendwann gestrichen: „Doch das Bundesverfassungsgericht hat deutlich gemacht, dass die Vorschrift nicht nur weiter gültig ist, sondern dass dahinter auch ein hochaktueller sowohl rechtsstaatlicher wie auch demokratischer Kerngedanke steht, der gerade in volatilen Zeiten nicht verloren gehen sollte.“ Zumal die hergebrachten Grundsätze des Berufsbeamtentums – ungeachtet der Strukturunterschiede – auch für andere Gruppen in der Verwaltung von Bedeutung seien.

Qualitative Verbesserungen mahnte Di Fabio für die Personalsituation an: „Die alternde Gesellschaft ist nicht nur ein Problem im Hinblick auf den Nachwuchs im öffentlichen Dienst, sondern sie bewirkt auch eine Zunahme von Aufgaben und eine Bedeutungszunahme öffentlicher Dienstleistungen.“ Das gelte nicht nur für die Altenpflege oder die medizinische Versorgung, sondern auch für die Bereiche der inneren und sozialen Sicherheit.

Der öffentliche Dienst werde nur dann in guter Verfassung bleiben, wenn es gelingt junge Menschen zu gewinnen und langfristig zu motivieren. „Das bedeutet in einer Gesellschaft, die herkömmliche Rollenbilder aufgegeben oder verändert hat, dass auch der öffentliche Dienst dem nicht nur zeitverzögert irgendwie folgt, sondern proaktiv gestaltet.“ Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf sei im öffentlichen Dienst im Vergleich zur Privatwirtschaft durchaus gut ausgestaltet, aber die Teilzeitbeschäftigung führe insbesondere bei weiblichen Beschäftigten noch immer zu Nachteilen in der Karrierebiografie: „Wer junge Frauen im Dienst fair behandeln will, wird demnach die Bedingungen für Teilzeitarbeit verbessern. Führungsmodelle wie Führen aus der Ferne oder Führen in Teilzeit werden in einer mehr und mehr digitalen Arbeitswelt neue Qualifikationsprofile entstehen lassen und ihren Niederschlag in geänderten Beurteilungskriterien für Führungskräfte finden.“

Di Fabio nahm auch Defizite des öffentlichen Dienstes ins Visier. Wenn Schulen in der Coronakrise viele Monate benötigten, um einen halbwegs akzeptablen Digitalunterricht anzubieten, müsse gefragt werden, warum das so ist. Wenn die Ausstellung eines Personalausweises oder die Zulassung eines PKWs einen viel zu großen Zeitraum erfordere, muss gefragt werden, woran es hakt. Manchmal handele es sich um Fehler der Führung der Verwaltung, die politisch in Angriff genommen werden müssten. Manchmal aber zeigen sich auch Symptome einer strukturellen Überforderung, die aus einem zum Teil Jahrzehnte erfolgten Zuwachs von Aufgaben resultierten. „Die demokratische Gesellschaft muss erkennen, dass das Ansehen des Rechtsstaates immer auch davon abhängt, dass die öffentlichen Aufgaben, das Versprechen der inneren Sicherheit und die Infrastruktur der Daseinsvorsorge auf der einen Seite immer in der Balance zu den personellen und sächlichen Mitteln auf der anderen Seite stehen muss.“

Den Text mit dem Video zu diesem Fachvortrag finden Sie auf der Sonderseite der dbb Jahrestagung 2021 unter:

► <https://www.dbb.de/der-dbb/events/dbb-jahrestagung/dbb-jahrestagung-2021.html>



## Der Landesbund im LOCKDOWN

Auch der dbb Landesbund bremen hat auf die durch die Phasen des Lockdowns aufgrund der starken Ausbreitung des Coronavirus resultierenden Kontaktbeschränkungen reagiert.

So wurde am 18. November 2020 erstmals die Landesvorstandssitzung und die anschließende Landeshauptvorstandssitzung jeweils in digitaler Form als Videokonferenz in Zusammenarbeit mit der DEBEKA veranstaltet. Im Januar hat der Landesbund eine eigene Lizenz für Videokonferenzen gekauft sodass wir jetzt selbst als Veranstalter derartige Formate durchführen können. Geplant ist zunächst alle GV-LV-LHV-Sitzungen des Landesbundes in Zeiten des Lockdowns nur noch als Videokonferenzen durchzuführen, um persönliche Kontakte, die zu möglichen Infektionen führen können zu vermeiden.

In der Besetzung der Geschäftsstelle sind wir seit Mitte Januar dazu übergegangen, das Büro in unseren Geschäftszeiten Montag bis Freitag von 9:00 Uhr bis 12:00 Uhr möglichst nur noch mit einer Person zu besetzen. Montags ist der Geschäftsführer Carl-Otto Spichal präsent, von Dienstags bis Freitags ist die Sekretärin Isolde Kühner Ansprechpartnerin und übernimmt die direkt anfallenden Büroarbeiten. Weitere anliegende Arbeiten werden vom Geschäftsführer im Homeoffice erledigt.

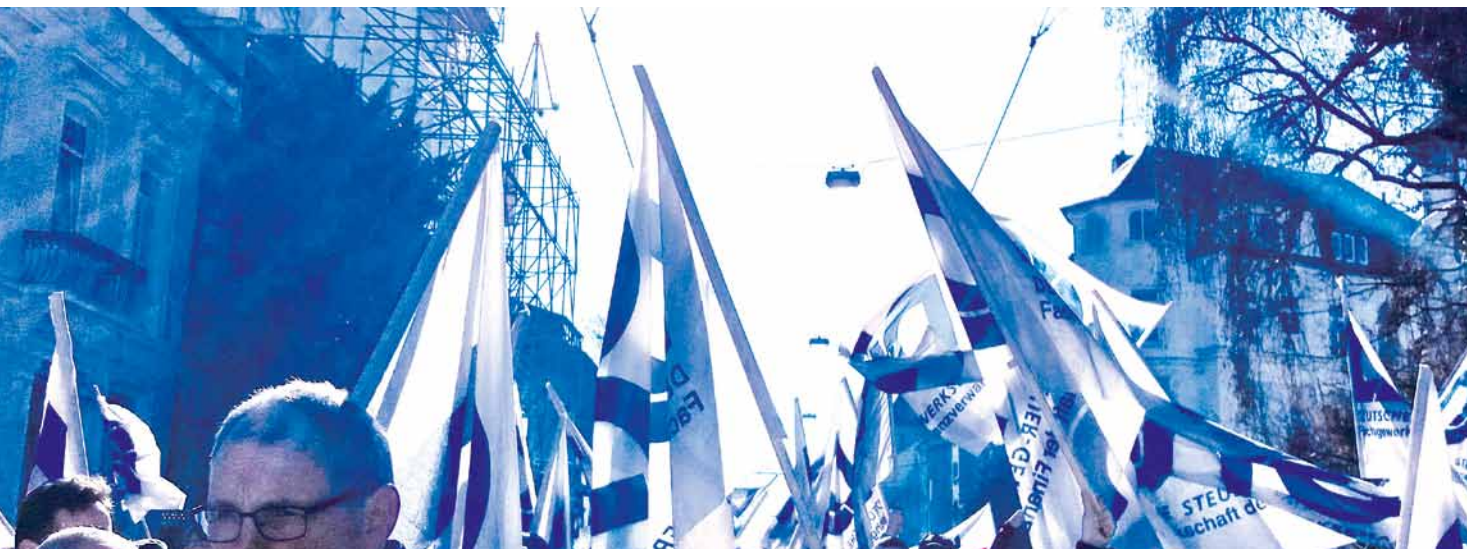
Separat steht unser Landesbundvorsitzender Jürgen Köster mit Rat und Tat zur Verfügung.

Wie schon im letzten Jahr sind auch in diesem Jahr die vom Landesbund in Planung befindlichen Veranstaltungen durch die Corona-Pandemie stark gefährdet. So steht der schon in 2020 geplante und abgesagte „Nordtreff“ auch in diesem Jahr wieder vor dem aus. Der Nordtreff soll in diesem Jahr anlässlich der „Lütten Sail“ in Bremerhaven am 12. August 2021 stattfinden. Geplant ist eine Schifffahrt von Bremen nach Bremerhaven zum Besuch der „Lütten Sail“. Unter den wahrscheinlich auch bis dahin geltenden Abstands- und Hygienebedingungen kann die Veranstaltung, auch selbst wenn eine vollständige Immunisierung durch Impfung erreicht ist, kaum durchgeführt werden.

Die mit der Pandemie verbundenen Ungewissheiten in der Planung von Veranstaltungen erschweren die Arbeit in der Geschäftsstelle erheblich.



*Der Landesbund im LOCKDOWN*



© DSTG  
Einsatz zeigen - dabei sein!

## Unsere Fachgewerkschaften stellen sich vor

### Landesgewerkschaft:

Deutsche Steuer-Gewerkschaft Landesverband Bremen e. V. (DSTG Bremen)



Landesvorstand der DSTG Bremen  
© DSTG

Die Deutsche Steuer-Gewerkschaft ist die Fachgewerkschaft der Beschäftigten der Finanzverwaltung mit bundesweit über 70.000 Mitgliedern, die in 21 Landes- und Bezirksverbände mit über 750 Ortsverbänden organisiert sind. Sie vertritt Beamtinnen, Beamte und Tarifbeschäftigte ebenso wie Ruheständlerinnen, Ruheständler und Hinterbliebene. Die DSTG ist eine der großen Mitgliedsgewerkschaften unter dem Dach des dbb beamtenbund und tarifunion und zudem Mitglied und Mitbegründerin der UFE, der Union des Finanzpersonals in Europa, einem Zusammenschluss der europäischen Steuer- und Zollgewerkschaften.

Die Deutsche Steuer-Gewerkschaft Bremen vertritt ganz speziell die Interessen ihrer Mitglieder in den Finanzbehörden in Bremen und Bremerhaven. Als Bund Deutscher Steuerbeamter am 15. Juni 1950 mit etwa 150 Mitgliedern wiedergegründet, konnte die Mitgliederzahl in Spitzenzeiten auf über 1.000 gesteigert werden. Leider sind Personalabbau und Nachwuchsprobleme in der Steuerverwaltung auch an der DSTG Bremen nicht spurlos vorübergegangen, doch behaupten wir uns nach wie vor mit einer stolzen Zahl von weit über 500 Mitgliedern im Lande Bremen, denen wir jederzeit mit Rat und Tat zur Seite stehen. Wir arbeiten ehrenamtlich, basisnah und menschlich und bringen unser Wissen und Können für unsere Mitglieder ein. So können wir bieten, was viele heute nicht mehr haben: Wir nehmen uns Zeit für unsere Mitglieder und ihre beruflichen Anliegen. Der Sitz unserer Landesgeschäftsstelle befindet sich zudem im Haus des Reichs, dem Herzen der bremischen Finanzverwaltung, so dass viele unserer Mitglieder mit ihren Anliegen auf kurzem Wege zu uns finden können.

Die DSTG Bremen ist dezentral organisiert und hat in allen Finanzbehörden in Bremen und in Bremerhaven Ortsverbände, über die eine unmittelbare und kompetente Mitgliederbetreuung vor Ort gewährleistet wird. Unsere vier Ortsverbände sind das Bindeglied zu den übergeordneten Gremien und haben einen hohen Stellenwert. Doch gibt es bei der DSTG Bremen noch eine Besonderheit: Anders als in allen anderen DSTG-Landes- und Bezirksverbänden gilt in unserem höchsten Gewerkschaftsgremium, dem Steuer-Gewerkschaftstag, kein Delegiertenprinzip. Jedes unserer Mitglieder hat daher ein eigenes, gleichwertiges Stimmrecht, mit dem es die Geschicke unseres Landesverbands mitbestimmen kann.

Auch die Verknüpfung mit den Personalvertretungen ist eng: Viele Personalratsmitglieder, Frauenbeauftragte und Vertrauensleute der Schwerbehinderten in der Finanz-



© DSTG  
DSTG-Fahne

verwaltung sind Mitglieder der DSTG Bremen - sie stellt in allen Personalräten der Finanzämter die jeweiligen Vorsitzenden. Im Gesamtpersonalrat für das Land und die Stadtgemeinde Bremen ist die DSTG Bremen über die Liste des dbb derzeit mit einem ständigen Sitz sowie fünf Ersatzmitgliedern vertreten.

Auf Bundesebene wird die DSTG um Stellungnahmen zu Steuergesetzen gebeten und nimmt an Anhörungen des Finanzausschusses des Deutschen Bundestags teil. Ebenso auf Bundes-, aber gleichermaßen auf Landesebene führen wir Fachgespräche mit politischen Parteien und mit Verbänden, um unsere Anliegen zu verdeutlichen. Insbesondere macht sich unser Landesverband dafür stark, dass die einzige Einnahmeverwaltung des Landes Bremen mit einer angemessenen Personaldecke ausgestattet wird, denn bekanntlich gilt: Ohne Moos nix los! Hierfür gilt es seitens der Politik an vielen Stellschrauben zu drehen, um wieder mehr junge Menschen für eine Ausbildung in der Steuerverwaltung zu begeistern. Aktuell setzt sich die DSTG Bremen daher zum Beispiel für die Anhebung der Eingangssämter insbesondere im mittleren Dienst der Steuerverwaltung ein. Unsere Erfolge aus Gesprächen mit der Hausspitze waren in jüngerer Vergangenheit die Übernahme aller Anwärterinnen und Anwärter, die die Laufbahnprüfung erfolgreich abgelegt haben, oder die Ausstattung aller Steuer- und Finanzanwärterinnen und -anwärter mit iPads für den theoretischen Teil ihrer Ausbildung.

Die Information der Bürgerinnen und Bürger vor Ort ist ebenfalls eines unserer Anliegen: Die DSTG ruft seit 2015 an jedem letzten Mittwoch im September zum bundesweiten „Tag der Steuergerechtigkeit“ auf. Mit diesem Aktionstag wollen wir auf Schwachstellen bei der Steuergesetzgebung, aber auch auf strukturelle Vollzugsdefizite bei der Umsetzung von Steuergesetzen aufmerksam machen. Als Landesverband machen wir uns zum Beispiel über die Tagespresse immer wieder dafür stark, dass die Arbeit unserer Kolleginnen und Kollegen, die leider trotz ihrer hohen Verantwortung für das Gemeinwesen nicht über eine gesellschaftliche Lobby verfügen, die gebührende Anerkennung findet.



DSTG -  
Deutsche Steuer-Gewerkschaft  
Landesverband Bremen e. V.

#### Weitere Informationen zur DSTG:

► [www.dstg-bremen.de](http://www.dstg-bremen.de)



Du findest uns auf Facebook  
DSTG Bremen



Folge uns auf Instagram  
@dstgbremen

**DAS FÜREINANDER ZÄHLT**

Der wahre Wert einer Gemeinschaft zeigt sich in schwierigen Zeiten.

**Debeka**

Versichern und Bausparen  
Traditioneller Partner des öffentlichen Dienstes

Debeka-Landesgeschäftsstelle  
Konsul-Smidt-Str. 62  
28217 Bremen  
Telefon (04 21) 3 65 03 - 0

(08 00) 8 88 00 82 00  
[www.debeka.de](http://www.debeka.de)



© Fachverband Wasserstraßen- und Schifffahrtsverwaltung (FWSV)

# FWSV

**Unser Ansprechpartner  
vor Ort ist der Kollege**

Heiko Jürgens

Tel. 04421 489 240

E-Mail: Heiko.Juergens2@  
wsv.bund.de

## **Bundesfachgewerkschaft:**

Fachverband Wasserstraßen- und Schifffahrtsverwaltung (FWSV)

### **Wer sind wir?**

Der FWSV wurde am 25.11.1948 gegründet und ist die gewerkschaftliche Vertretung aller Beamten, Arbeitnehmer und Nachwuchskräfte im Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr und digitale Infrastruktur, hier speziell des Gesamtbereiches der Wasserstraßen- und Schifffahrtsverwaltung des Bundes (WSV) und der Bundesanstalt für Verwaltungsdienstleistungen in Aurich (BAV).

### **Kernaufgaben der Behörden:**

Die WSV bewältigt alle Aufgaben, die mit der Schifffahrt auf den künstlichen (Kanäle), den natürlichen Wasserstraßen und den seewärtigen Wasserstraßen in den deutschen Hoheitsgebieten der Nord- und Ostsee in Verbindung stehen.

Von Strom- und schifffahrtspolizeilichen Anordnungen bis zur Unterhaltung der Ufer und Anlagen und der Kennzeichnung der Wasserstraßen.

Die BAV ist zentraler Dienstleister im Hause des Bundesministeriums für Verkehr und Digitalisierung für die Aufgaben Personal (Personalgewinnung), Organisation, Beihilfe und Versorgungsbelange. Zudem ist die BAV zuständig für die Abwicklung von Förderprogrammen des Bundes (bspw. Elektromobilität, künstliche Intelligenz und Digitalisierung, LNG in der Schifffahrt und vieles mehr).

Beide Behörden sind bundesweit tätig und mit entsprechenden Dienststellen im Bundesgebiet vertreten.

Ein guter Kontakt zu den Mitgliedern ist bei uns durch eine dezentrale Struktur mit kompetenten Ansprechpartnern vor Ort sichergestellt. Der FWSV setzt sich zusammen aus dem Bundesvorstand, mit Sitz in Aurich und den Vertretern, der bundesweit aufgestellten 11 Regionalverbände. Der Vorstand, die Regionalvertreter und alle Kolleginnen und Kollegen, die den FWSV vertreten und unterstützen sind rein ehrenamtlich tätig. Sicherlich ist das Portfolio der Gewerkschaftsleistungen nicht so groß, wie das anderer, hauptberuflich geführter Gewerkschaften, aber trotz Ehrenamtlichkeit können die gewerkschaftlichen Kernaufgaben zu recht günstigen Konditionen in Gänze abgedeckt werden.

### **Unsere Leistungen in Zusammenarbeit mit dem dbb**



- ▶ kostenlose Rechtsberatung durch spezialisierte Juristen und
- ▶ gewähren von Rechtsschutz bei dienst- und arbeitsrechtlichen Fragen sowie in Disziplinar-, Straf- und Ordnungswidrigkeitsverfahren im Rahmen der dienstlichen Tätigkeit (Rechtsberatung und Verfahrensrechtsschutz).
- ▶ Bildungsprogramme in Zusammenarbeit mit der dbb akademie
- ▶ kostenloser Bezug des dbb-magazin
- ▶ besondere Konditionen zur Altersvorsorge und Versicherungen über die Kooperationspartner des dbb
- ▶ Unterstützung als Personalrat durch Materialien und Beratung
- ▶ für unsere Arbeitnehmer alle gewerkschaftlichen Leistungen der dbb tarifunion

### Im Speziellen sind wir mit der Arbeit der WSV und BAV eng verbunden und vertreten die Interessen der Mitglieder

- ▶ bei den Auswirkungen der Verwaltungsmodernisierung
- ▶ bei den geplanten Umstrukturierungen der WSV
- ▶ bei den Auswirkungen der Digitalisierung am Arbeitsplatz
- ▶ bei Fragen und der Durchsetzung von strukturellen Verbesserungen für die einzelnen Laufbahngruppen
- ▶ bei der Sicherstellung einer auch künftigen aufgabenadäquaten Personalausstattung und der Nachwuchsgewinnung
- ▶ bei der sozialverträglichen Gestaltung unvermeidbarer Versetzungen.

### Um diese Ziele zu erreichen stehen wir in ständigem Kontakt

- ▶ mit den Leitungen der Behörden
- ▶ mit der Bundesleitung des „dbb-beamtenbund und tarifunion“
- ▶ mit unseren Personalratsvertretern in den jeweiligen Personalratsgremien des BMVI und der nachgeordneten Behörden

Weitere Informationen über den FWSV finden sie unter ▶ [www.fwsv.de](http://www.fwsv.de)

Der FWSV ist durch den „Regionalverband Weser-Jade-Nordsee“ für alle Mitglieder und Interessenten in der Region vertreten.

## IMPRESSUM

### Redaktion:

Carl-Otto Spichal  
Kontorhaus  
Rembertistr. 28  
28203 Bremen

### Herausgeber:

Der dbb | report  
wird vom dbb beamtenbund  
und tarifunion landesbund  
bremen herausgegeben.

Telefon  
0421 - 700043

Telefax  
0421 - 702826

E-Mail  
[dbb.bremen@swbmail.de](mailto:dbb.bremen@swbmail.de)

Internet  
[www.dbb-bremen.de](http://www.dbb-bremen.de)

© Copyright  
Marco Urban,  
Friedhelm Windmüller,  
DSTG Bremen,  
FWSV, dbb bremen

Die veröffentlichten Artikel decken sich nicht notwendigerweise mit Ansichten des dbb-beamtenbund und tarifunion, landesbund bremen. Offizielle Verlautbarungen des dbb bremen, sind als solche gekennzeichnet. ISSN: 1867-8254.

## Neues Mitglied in der Bremer Sozietät

Die Bremer Sozietät für Beamte und Behördenangestellte e.V. wurde im Jahre 1965 auf Initiative des damaligen dbb-Vorsitzenden Wilhelm Rumpe und des dbb-Syndikus Erich Schott von der Hoven gegründet. Ziele waren und sind

- Förderung der Zusammenarbeit von bremischen öffentlichen Dienst und Wirtschaft,
- Unterstützung der Bildungsarbeit des dbb bremen.

Vorsitzender der Bremer Sozietät ist Jürgen Köster. Bisher gehören der Bremer Sozietät die drei folgenden Firmen als Kooperationspartner an (s. Grafik links).

**Seit dem 1. Januar 2021 ist die Wüstenrot Bausparkasse AG nun auch der Bremer Sozietät beigetreten.**

Bei den Unternehmen handelt es sich um Selbsthilfeunternehmen oder solche, die eine besondere Beziehung zum bremischen öffentlichen Dienst haben.

## Aus der Chronik des dbb landesbund bremen

Die siebziger Jahre

Aus Gesundheitsgründen legt **Wilhelm Rumpe** sein Amt als DBB-Vorsitzender nieder. Sein Nachfolger ist der pensionierte Leiter des Versorgungsamtes, **Dr. Genternann**, der 1972 nicht mehr kandidiert und durch **Walter Hauptmann** abgelöst wird. Schriftführer für die nächsten 15 Jahre wird **Klaus Langlotz**.

Auch in diesem Jahrzehnt ist die Problemlage ähnlich: **Fragen der unzureichenden Besoldung, der Weiterentwicklung des Beamtenrechts stehen im Vordergrund.** Beispiel dafür ist das **Motto des Landesvertretertages 1975: „Beamte - Prügelknaben der Nation?“**. Auf einer gut besuchten Kundgebung im Großen Saal der Glocke spricht der **DBB-Bundesvorsitzende Alfred Krause**. Harte Worte werden gebraucht, doch die Streitkultur bleibt gewahrt, so dass allen Beteiligten in dieser kritischen Zeit ein hohes Maß an Fairness zu attestieren ist.

Umlandkontakte zu den Bereichen Verden, Oldenburg und Osterholz nehmen die Problematik der Region Bremen/Unterweser auf und streben konstruktive Lösungen für **„Wohnen im Umland, Arbeiten in der Stadt“** an.

Eine wesentliche Änderung zeichnet sich insoweit ab, als dass sich die Lage am Arbeitsmarkt ändert: **Es gibt mehr Bewerber als Stellen. Mit dem Hintergedanken, betriebsbedingte Entlassungen zu ermöglichen, beschließt der Senat, Lehrer nur noch im Angestelltenverhältnis einzustellen. Ein Beschluss, der auf schärfste Kritik des Beamtenbundes stößt.**

Die Landesvertretertage unter Beteiligung der Spitzenpolitiker der Bremischen Bürgerschaft mit Grundsatzreferaten zum öffentlichen Dienstrecht, zu Besoldungsregelungen und zur Überprüfung der Laufbahngruppen, zeigen den Stellenwert des DBB als Gewerkschaft des öffentlichen Dienstes im Lande Bremen.

Die Zeitschrift **„Der Beamte im Lande Bremen“** wird 1975 auf Beschluss der Landesleitung umbenannt und abgelöst von den häufiger publizierten **„Mitteilungen für den öffentlichen Dienst im Lande Bremen“**. Die Schriftleitung liegt bei **Ingo-Albrecht Riemer**. Die Finanzierung erfolgt jetzt durch den DBB Landesbund Bremen.



Walter Hauptmann, Vorsitzender des DBB Landesbundes Bremen von 1972 bis 1981



## Wohnwünsche realisieren – doppelt profitieren. Kompetente Beratung und exklusive Vorteile für Sie und Ihre Familie.

Den Traum vom Eigenheim realisieren, die Anschlussfinanzierung regeln oder die erforderlichen Modernisierungs-Maßnahmen umsetzen. Vertrauen Sie auf die Sicherheit und Kompetenz Ihrer Bausparkasse für den öffentlichen Dienst.

dbb-Mitglieder und ihre Angehörigen (Ehe-/Lebenspartner, Kinder, Enkel) profitieren zusätzlich: halbe Abschlussgebühr beim Bausparen und attraktive Zinsvorteile in der Baufinanzierung.

[dbb.wuestenrot-doppelvorteil.de/beratung](https://www.dbb.wuestenrot-doppelvorteil.de/beratung)

Besuchen Sie unsere Wüstenrot-Service-Center oder kontaktieren Sie uns per

**E-Mail: [dbb@wuestenrot.de](mailto:dbb@wuestenrot.de)**

**Telefon: 0228 2590-1532**

 wohnen heißt  
**wüstenrot**

Wüstenrot – eine Bausparkasse  
für den öffentlichen Dienst.  
**Partner im  
dbb vorsorgewerk**

# 50 Euro sind Ihnen sicher!



## Wir checken Ihre Versicherungen

Wir meinen, dass Sie bei einem Wechsel von mindestens drei Versicherungen – z. B. Ihrer Hausrat-, Haftpflicht- und Unfallversicherung – zur HUK-COBURG mindestens 50 Euro im Jahr sparen.

Sollte die HUK-COBURG nicht günstiger sein, erhalten Sie einen 50-Euro-Amazon.de-Gutschein – als Dankeschön, dass Sie verglichen haben.

## Kommen Sie vorbei – wir freuen uns auf Sie!

Mehr Informationen und Teilnahmebedingungen finden Sie unter [HUK.de/check](https://www.huk-coburg.de/check)

## Kundendienstbüro

### Rosemarie Althoff

Tel. 0421 623040  
[rosemarie.althoff@HUKvm.de](mailto:rosemarie.althoff@HUKvm.de)  
[HUK.de/vm/rosemarie.althoff](https://www.huk-coburg.de/vm/rosemarie.althoff)  
 Kirchheide 46  
 28757 Bremen Vegesack

## Kundendienstbüro

### Sona Poghosyan

Tel. 0421 454665  
[sona.poghosyan@HUKvm.de](mailto:sona.poghosyan@HUKvm.de)  
 Hemelinger Bahnhofstr. 11  
 28309 Bremen Hemelingen

## Kundendienstbüro

### Thomas Stollberger

Tel. 0421 69623760  
[thomas.stollberger@HUKvm.de](mailto:thomas.stollberger@HUKvm.de)  
 Leher Herrstr. 55  
 28359 Bremen Lehe

## Kundendienstbüro

### Jens Ahlers

Tel. 0471 200056  
[jens.ahlers@HUKvm.de](mailto:jens.ahlers@HUKvm.de)  
 Reitkamp 2  
 27570 Bremerhaven Geestemünde



# HUK-COBURG

Aus Tradition günstig